

Replik: Ministerin Lydia Klinkenberg

Plenarsitzung vom 27. September 2021

Stillstand? Zu spät? Ist wirklich so wenig passiert im ostbelgischen Bildungswesen und in der Kinderbetreuung?

Anhand mehrerer Beispiele möchte ich aufzeigen, dass dies de facto nicht der Wahrheit entspricht, und das obwohl der Rahmen zurzeit nun wirklich kein einfacher ist.

Während uns das Virus seit nunmehr 1,5 Jahren auf Trapp hält und uns jegliche Planungssicherheit raubt, haben wir alles dafür getan, um unsere Schulen in dieser schwierigen Zeit bestmöglich zu unterstützen. Wir haben den Bildungshaushalt erneut massiv erhöht. Und wir ziehen Lehren aus der Krise. Seit der Befragung aller Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter zum Hybridunterricht im vergangenen April, an der insgesamt rund 2700 Personen teilgenommen haben, wissen wir, dass die Akteure mehrheitlich zufrieden waren mit dem Hybridunterricht – auch wenn er mit einem wesentlich erhöhten Arbeitsaufwand und entsprechenden Belastungen verbunden war und die Differenzierung im Hybridunterricht sich als größere Herausforderung herausgestellt hat.

Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich bereits eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, zeitnah ein bedarfsgerechtes **Weiterbildungsangebot für Lehrer** zusammenzustellen und die Webseite der Fachberatung Medien zu überarbeiten. Der Bedarf wurde durch die Umfrage bestätigt. Diese Weiterbildungsoffensive wird selbstverständlich auch weiterhin fortgesetzt.

Gleichzeitig beziehen alle Lehrer seit Januar 2021 eine steuerfreie **Heimarbeitspauschale** zur Deckung von Büro-, PC- und Internetkosten, die im Kontext der Aufwertung des Lehrerberufs zu sehen ist.

Wie im Sommer angekündigt, haben wir ein umfassendes **Maßnahmenpaket zum Abbau Corona-bedingter Lernrückstände** in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro beschlossen, nachdem wir nach den Klassenräten die angefragten Rückmeldungen aus den Schulen erhalten haben: Insgesamt konnten allzu große Lernrückstände vermieden werden. Dennoch stellen wir den Grund- und Sekundarschulen in diesem Schuljahr zusätzliches Stundenkapital zur Verfügung. Wir kommen dabei dem Wunsch der Schulleiter nach, diese Maßnahmen in den Schulen selbst und mit qualifiziertem Personal zu organisieren.

Dass sich der Hybridunterricht negativ auf das Wohlbefinden der Sekundarschüler, Eltern, des Lehrpersonals und der Schulleitungen auswirkt, wurde durch die Befragung erwiesen und hat gezeigt, wie wichtig es war, dass mein Amtsvorgänger und ich uns stets bei allen Treffen mit den Gesundheitsexperten für den Vollzeitpräsenzunterricht ausgesprochen haben. Entsprechend froh bin, dass das neue Schuljahr unter verhältnismäßig „normalen“ Bedingungen starten konnte.

Zusätzlich haben wir noch in der vergangenen Sitzungsperiode Kaleido drei Vollzeitäquivalente zum Ergreifen von **Maßnahmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit und zur Bekämpfung der sozio-psychologischen Folgen** der Gesundheitskrise gewährt, um dem Bedarf von Kindern und Jugendlichen nachzukommen.

Außerdem hat Kaleido den Auftrag erhalten, noch im Mai und Juni des vergangenen Schuljahres **Resilienzworkshops** für Abiturienten zu organisieren, die ein äußerst positives Feedback erfahren haben, so dass Kaleido nun ähnliche Workshops zur Stärkung der mentalen Gesundheit von Primar- und Sekundarschülern anbieten und

auf die kommenden Schuljahre ausweiten wird. Eltern und Lehrer sollen mit einbezogen werden.

Nachdem wir in den beiden vergangenen Schuljahren im Rahmen des Hybridunterrichts die Schüler der 2. und 3. Sekundarstufe, die nach Rückmeldung der Schulen einen Bedarf hatten, mit 1150 **Laptops** ausgestattet haben, werden wir nun auch mit der **flächendeckenden Ausstattung aller Lehrer und Sekundarschüler** beginnen. 6,6 Mio. Euro haben wir für die Ausrüstung des Lehrpersonals (ca. 1800 Kindergärtner, Primarschul- und Sekundarschullehrer sowie das Lehrpersonal der ZAWM-Lehrlingsausbildung und der offiziellen Abendschulen) und der 1. Sekundarstufe vorgesehen, nachdem die bedürftigen Schüler der höheren Jahrgänge ja, wie gerade gesagt, bereits ausgestattet wurden. Alle Sekundarschüler erhalten in drei Phasen bis 2024 ein digitales Endgerät. In den kommenden Jahren sind 2 Mio. Euro jährlich vorgesehen, damit die Endgeräte regelmäßig ersetzt werden können. Außerdem werden die Sekundarschulen mit einer **Glasfaserverbindung** ausgestattet – zwei Sekundarschulen sind es bereits (BSTI : in Betrieb seit Mitte Dezember 2020 und PDS: in Betrieb seit April 2021). Und schließlich haben mit dem Sammeldekret 2021 alle Sekundarschulen einen **IT-Verantwortlichen** erhalten, was allein in diesem Haushaltsjahr zu Mehrkosten von über 130.000 Euro führt. Ziel ist es, den Schulen qualifiziertes Personal zur Seite zu stellen. Selbstverständlich gilt es auch diese Maßnahme – wie wir das immer tun - nach ihrer Einführung auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren.

Im Rahmen der IT-Reform im Unterrichtswesen ist zudem zu Beginn dieses Monats die Testphase des **neuen Schulverwaltungsprogramms** (Skolengo) mit einer Pilotschule pro Schulträger gestartet. Ziel des Programms ist nicht nur eine

Vereinheitlichung und Vereinfachung der Abläufe in den drei Schulnetzen, sondern auch die Zurverfügungstellung zahlreicher weiterer nützlicher Tools wie z.B. zur Erstellung von Stundenplänen, Zeugnissen und Diplomen oder eine Kommunikationsplattform, die auch den Kontakt zwischen Eltern und Lehrern

vereinfachen kann. Nach der Testphase erfolgt dann die Einführung an allen Grund- und Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft (auf freiwilliger Basis).

In keiner Gemeinschaft unseres Landes wurde im Bereich der Digitalisierung des Unterrichtswesens ein solch umfangreiches Angebot geschaffen, wie das in Ostbelgien der Fall.

Was nun das Thema eines möglichen Wechsels des **Schuljahresrhythmus** angeht, möchten wir in einen ergebnisoffenen Dialog mit allen Akteuren gehen, nachdem die OECD-Analyse Ende des Jahres vorliegen wird, die ja bekanntlich die Ergebnisse unserer Online-Befragung zur bildungspolitischen Gesamtvision um wissenschaftliche Erkenntnisse ergänzen wird. Bei allen Überlegungen müssen wir zudem die weitreichenden Konsequenzen für alle Akteure außerhalb des Bildungswesens berücksichtigen z.B. für den Wirtschaftsstandort und den Tourismus, die Kinderbetreuung, die Vereinswelt aber auch die Karnevalstraditionen. Fest steht, dass es ein komplexes Vorhaben ist, das mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist und – so wie es die König-Baudouin-Stiftung empfohlen hat – ausreichend Vorlaufzeit benötigt. Kollege Jerusalem, suggeriert immer wieder, dass die Pädagogen sich einig sind und eine Neutaktung des

Schuljahres geradezu herbeisehnen. Das Unterrichtspersonal, die Eltern, die Schüler und die Wirtschaftsakteure der 3800 Teilnehmer der Umfrage sprachen sich allesamt mehrheitlich für die Beibehaltung des aktuellen Rhythmus aus, allen voran das Unterrichtspersonal mit 62%!

Ich hoffe, Sie sehen es uns nach, Herr Mockel, dass wir nichts überstürzen wollen, stattdessen an unserem Plan festhalten und gleichzeitig die Umsetzung in der Französischen Gemeinschaft genaustens beobachten werden, so wie der Wirtschafts- und Sozialrat es uns ebenfalls empfohlen hat. Ich kann Ihnen allerdings zusagen, dass

die Frage nach einem möglichen Wechsel des Schuljahresrythmus Bestandteil der Gesamtvision sein wird.

Damit sind wir dann auch beim „**Guten Personal für gute Schulen**“ – kurz GPGS. Wie ich bereits mehrfach in diesem Haus gesagt habe: Die Dienstrechtsreform liegt nicht auf Eis, wie der ein oder andere gerne plakativ behauptet. Hier ist sogar Vieles passiert in den letzten Jahren. Die Einstiegsgehälter im Unterrichtswesen wurden um 10% erhöht. Es wurden Funktionen geschaffen oder modernisiert wie z.B. förderpädagogische Berater, Direktionssekretäre, Middle Manager, Werkstattleiter, Fachteamleiter und Fachberater, die Schulentwicklungsberatung, die Schulinspektion, die Externe Evaluation und die Kindergartenassistenten (zur Erinnerung 2024-2025 wird das Kindergartenalter herabgesetzt). Die Modernisierung des Dienstrechts ist ein kontinuierlicher und komplexer Prozess, der auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden wird, wobei die Prioritäten sich am ausgehandelten Sektorenabkommen 2019-2024 orientieren müssen. So sind beispielsweise mit dem Sammeldekret 2021 die **unbefristeten Verträge ab Dienstbeginn** eingeführt worden. Eine solche Maßnahme gibt es so bisher nirgendwo in Belgien. Wir läuten mit den unbefristeten Verträgen ab Dienstbeginn einen Paradigmenwechsel ein. Wie die meisten der ca. 40 Maßnahmen des wohl umfangreichsten Sammeldekretes aller Zeiten ist auch diese Maßnahme auf die

Stärkung des Lehrerberufs und der Autonomie der Schulen ausgerichtet. In diesem Kontext ist auch **die Anhebung der Schulleitergehälter** zu sehen, die mit finanzpolitischen Auswirkungen von knapp einer Million Euro zu Buche schlägt, oder die **verbesserte Umrahmung unserer erstankommenden Schüler**. Alle GPGS-Maßnahmen dienen dazu, unser Bildungswesen zukunftsfähig zu gestalten – ebenso wie die OECD-Analyse zur bildungspolitischen Gesamtvision, die auch der Frage der Hausaufgaben nachgehen wird.

Um aktiv dem sich immer weiter abzeichnenden Lehrermangel entgegen zu treten, arbeiten wir derzeit an einer **Quereinsteigerausbildung für den Beruf des Primarschullehrers**, die selbstverständlich hohen Qualitätsansprüchen genügen muss.

Die **fächerübergreifende Koordination** der politischen Bildung, der Medienpädagogik und Berufswahlorientierung sowie ihre Verankerung im Unterricht werden künftig durch zusätzliche Middle Manager übernommen werden.

Im Bereich der Förderpädagogik haben wir nicht nur die **Zugangsbedingungen zum Amt des Förderpädagogen** auf die Berufsgruppe der Logopäden ausgedehnt, sondern außerdem im Rahmen einer Kooperation mit der Universität Mons eine kostenlose und zertifizierte Weiterbildung zum Thema **Hochbegabung** eingerichtet, die auf reges Interesse gestoßen ist. Unser System der Förderpädagogik hat bereits jetzt Vorbildcharakter, wie ich erst vor Kurzem selbst erleben durfte.

Nichtdestotrotz möchten wir den gesamten Bereich der **hochschwelligeren Förderung** im Rahmen einer neuen Paragemeinschaftlichen Einrichtung umgestalten und neu strukturieren, um dem steigenden Bedarf an Ressourcen

besser gerecht werden zu können und Qualitätsstandards zu setzen. Die Philosophie des Förderdekretes soll dabei nicht in Frage gestellt werden. Uns ist bewusst, dass Reformprozesse stets Ängste auslösen. Ich möchte daher noch einmal betonen, dass wir dem freien subventionierten Unterrichtswesen – dem katholischen Träger also – einen Dialog auf Augenhöhe angeboten haben – wie bereits bei der Gründung der Autonomen Hochschule und Kaleido - und niemand – wirklich niemand - um seine Stelle bangen muss. Im Sinne einer bestmöglichen Förderung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf möchten wir das Know How und die Kräfte der Integration bündeln, so wie es bereits 2009 im Rahmen der Situationsanalyse der beiden Experten Piller und Born empfohlen wurde. Durch mehrjährige Kooperationsverträge auf Basis der Pilotschulen-Erfahrungen soll gleichzeitig den Regelschulen mehr Flexibilität in der Organisation des Schulalltags gewährt werden.

Des Weiteren möchten wir die **Mehrsprachigkeit** weiter fördern. In den vergangenen Jahren wurden in enger Zusammenarbeit mit führenden Universitäten im In- und Ausland mehr als 100 Maßnahmen in diesem Bereich ergriffen.

- Wir haben die Einrichtung von bilingualen Kindergärten und bilingualen Primarschulen ermöglicht;
- alle Kindergärten verpflichtet, Fremdsprachenaktivitäten schon ab dem ersten Kindergartenjahr anzubieten;
- den Einsatz von Native Speakern gefördert;
- Zusatzausbildungen für Fremdsprachenlehrer an der AHS eingeführt,

um nur einige zu nennen. Liebe Kollegen der CSP, Sie scheinen all diese Maßnahmen und die guten Ergebnisse unserer Vollerhebungen in der 1. Fremdsprache Französisch systematisch zu ignorieren.

Nun möchten wir beispielsweise die Auswahl der Fächer, die in der ersten Fremdsprache erteilt werden können, erweitern und den Zugang von „Native Speakern“ verbessern. Letztere sind auf dem Arbeitsmarkt schwer zu finden. Viele weitere Maßnahmen haben wir ebenfalls ins Auge gefasst. Mit den Schulen hat bereits diesbezüglich ein Austausch stattgefunden und auch im Ausschuss werden wir sicherlich Gelegenheit haben, dazu tiefergehend auszutauschen.

Spätestens auf unserem Arbeitsmarkt wird deutlich, wie wichtig die Mehrsprachigkeit für uns ist.

Leider ist der Zugang zu Bildung und Beschäftigung für Menschen mit Migrationshintergrund oftmals ungleich schwieriger. Nicht zuletzt aufgrund des akuten Fachkräftemangels ist es wichtig, auch für diese Zielgruppen neue Wege zu finden, um ihnen eine Integration in Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt und

Weiterbildung zu erleichtern. Im Rahmen eines im Sommer stattgefundenen virtuellen **Forums** („Integration erleichtern: Bildung, Beschäftigung und Begegnung“ – ein REK-Projekt (**Integration und Diversität**)) - wurden in Zusammenarbeit mit allen Akteuren Ideen, Anregungen und Handlungsempfehlungen gesammelt. Nun wird in Arbeitsgruppen an der Konzeptentwicklung und Umsetzung gearbeitet.

Auf der anderen Seite steigt das Einstiegsalter in die Lehre. Lehrstellen bleiben unbesetzt, auch wenn die Anzahl Verträge recht stabil bleibt.

Unser Bildungswesen bietet bereits jetzt zahlreiche Antworten auf diese Herausforderungen: Denken wir nur mal an den **Teilzeitunterricht, Time Out, BIDA**, das nun strukturell verankert wird, **Teilqualifikationen**, das **Kompetenzanerkennungsverfahren KomAn**, das seit Kurzem seinen ersten Absolventen verzeichnet... Und dennoch sind wir bereit an jeder Stellschraube zu drehen, um passgenaue Lösungen zu entwickeln, - beispielsweise kürzere duale Ausbildungen mit individuell angepassten Begleitmaßnahmen (wie z.B. individuelle Sprachförderkurse, soziokulturelle und schulische Maßnahmen) - damit keiner durchs Raster fällt und die Durchlässigkeit unser Bildungssystems erhöht wird.
Keine Sorge: Wir bleiben am Ball!

Und so haben wir die mittelständische Ausbildung noch einmal aufgewertet, wie Sie dem Haushalt in einigen Wochen entnehmen können, um dem **IAWM** die notwendige Flexibilität bei der Ausgestaltung bedarfsgerechter Lösungen zu geben.

Abschließend noch einige Worte zur **Kinderbetreuung**.

Bereits jetzt befinden wir uns in der Spitzengruppe der Regionen Europas mit einem der höchsten Deckungsgrade in der Kinderbetreuung. Und das ist gut so, denn die Kinderbetreuung ist ausschlaggebend für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Glauben Sie mir, das weiß ich selbst sehr genau. Und dabei sind die Bedürfnisse von Eltern unterschiedlich, so dass ein breit gefächertes Kinderbetreuungsangebot

von großer Bedeutung ist. Eltern sollen die freie Wahl haben. Daher ist es uns wichtig, auch die **privaten Betreuungsstrukturen**, die seit Januar von einer Bezuschussung profitieren können, weiter zu fördern. Denn diese Strukturen ergänzen und vervollständigen das Angebot an Kinderbetreuung in einem beachtlichen Maße.

Außerdem wurden weitere Maßnahmen ergriffen, wie die Ausstattung der Tagesmütter mit **Viererkinderwagen, die Ausstattung mit digitalen Endgeräten** zur Nutzung der **Online-Plattform**, die Ende letzten Jahres an den Start gegangen ist, und die Erhöhung der **Weiterbildungspauschale**, um die Qualität der Kinderbetreuung noch weiter zu verbessern. Ich bin sehr froh verkünden zu dürfen, dass nun auch der erste Tagesvater seine Arbeit aufgenommen hat.

Das RZKB wiederum erhält seit dem Jahr 2020 zusätzliche **rekurrente Finanzmittel in Höhe von ca. 1 Million Euro**, um die Finanzlage des Zentrums abzusichern und es auf stabile, zukunftsfähige Beine zu stellen.

Um die Auswirkungen der Corona-Krise bestmöglich abzufedern, die Tagesmütter vor einem Verdienstaufschlag zu bewahren und für Stabilität im Sektor zu sorgen, wurden die Mittel für die Kinderbetreuung nochmals massiv erhöht.

Dem RZKB wurde die vollständige Übernahme des **Defizits der außerschulischen Betreuung** zugesagt.

Gleichzeitig profitieren die konventionierten und selbstständigen Tagesmütter sowie die Tagesmütterhäuser von einer **Einkommensausfallentschädigung**. Diese Entschädigung gewähren wir bis zum Auslaufen der Corona-bedingten Steuerbefreiung Ende des Jahres – länger also als es in den beiden anderen Gemeinschaften der Fall ist. Diese Maßnahme hat die Tagesmütter vor einem Verdienstaufschlag bewahrt und für Stabilität im Sektor gesorgt.

Ab Oktober zahlen wir außerdem die höchste Tagesentschädigung im ganzen Land – eine finanziell attraktive Maßnahme zugunsten unserer konventionierten Tagesmütter.

Doch all das reicht selbstverständlich noch nicht aus. Mein Vorgänger, Harald Mollers, hat erstmals das **Vollstatut** für die konventionierten Tagesmütter in

Aussicht gestellt, nachdem diese Forderungen schon seit 20 Jahren im Raum stehen. Wir warten nun gespannt auf das Konzeptpapier zur Neuausrichtung der Kinderbetreuung, das der Verwaltungsrat des RZKB der Regierung in einigen Wochen vorlegen möchte, um in die konkrete Dekretarbeit zur Schaffung einer pluralistischen Paragemeinschaftlichen Einrichtung zu gehen.

Die von der Regierung im Frühjahr in Auftrag gegebene **Online-Umfrage** zur Ermittlung des Bedarfs an Betreuungsplätzen in der Kleinkindbetreuung ist auf reges Interesse gestoßen ist. Rund 650 Eltern bzw. werdende Eltern haben an der Umfrage teilgenommen. Die Ergebnisse werden in einigen Tagen vorgestellt werden.

So viel bereits jetzt: Der **Deckungsgrad** in der Kinderbetreuung entwickelt sich sehr positiv. Während wir 2020 bei 36% lagen, erreichen wir mittlerweile einen Deckungsgrad von 40%. Wir erzielen somit den höchsten Deckungsgrad seit 2002. Ziel bleibt aber weiterhin die 100%-ige Abdeckung des Bedarfs.

Wie Sie sehen können, bewegt sich Vieles im Bildungsbereich und in der Kinderbetreuung.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die interessante Debatte und Ihre Aufmerksamkeit.